

Analyse

Das polnische Parteiensystem nach den Regional- und Kommunalwahlen im November 2006

Tadeusz Szawiel, Warschau

Zusammenfassung

Nach den Sejmwahlen im September 2005 kam es nicht zu der erwarteten Koalition der beiden Mitte-Rechts-Parteien *Bürgerplattform (PO)* und *Recht und Gerechtigkeit (PiS)*, sondern zu einer Regierung von *PiS* mit der nationalistischen *Liga polnischer Familien (LPR)* und der populistischen Bauernpartei *Selbstverteidigung (Samoobrona)*. Die Regional- und Kommunalwahlen im November 2006 brachten keine wesentlichen Verschiebungen zwischen *PO* und *PiS*, der es gelang, die *LPR* zu marginalisieren. Die skandalgeplagte *Selbstverteidigung* verlor wieder einen Teil der ehemaligen Wählerschaft an die traditionelle Bauernpartei *PSL*, die aus den Novemberwahlen als der eigentliche Sieger hervorging. Die zweite Gruppierung, die wieder erstarkte, sind die in einem Wahlbündnis vereinigten Linksparteien. *PiS* strebt danach, mangels anderer Koalitionsoptionen die gegenwärtige Regierungskoalition aufrechtzuerhalten, während *PO* auf Neuwahlen hinwirkt, was zu einer Eskalation des Konflikts zwischen *PO* und *PiS* führen wird. Aus der Perspektive des Parteiensystems ist die Frage nach den Chancen und dem Tempo des Wiederaufstiegs der Linken wichtig. Zwei Phänomene werden die politische Bühne in Polen im Jahr 2007 bestimmen: das Andauern des für beide beteiligten Seiten zerstörerischen Konfliktes zwischen *PO* und *PiS* und die ständig aktuelle Perspektive vorgezogener Wahlen, falls – aus welchen Gründen auch immer – die Koalition von *PiS* mit *Selbstverteidigung* und *LPR* auseinander brechen sollte.

Postkommunisten gegen Post-Solidarność

Das polnische Parteiensystem hat sich relativ spät herausgebildet. In den Wahlen am 4. Juni 1989, die für das freie und demokratische Polen bahnbrechend waren, traten in dem eng begrenzten Rahmen, der von den Verhandlungen am Runden Tisch im Frühjahr 1989 vorgegeben worden war, nicht Parteien gegeneinander an, sondern auf der einen Seite die Kommunisten (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR / Polnische Vereinigte Arbeiterpartei* und die von ihr abhängigen Parteien *Zjednoczona Stronnictwo Ludowe – ZSL / Vereinigte Bauernpartei* und *Stronnictwo Demokratyczne – SD / Demokratische Partei*) und auf der anderen Seite die Solidarność (*Komitet Obywatelski Solidarność / Bürgerkomitee Solidarność / Solidarität*). Die ersten Wahlen, die wirklich frei und demokratisch waren, fanden erst im Oktober 1991 statt. Dieses Mal konkurrierten politische Parteien miteinander, die nach 1989 entstanden sind.

Anfang 1991 waren die damals bestehenden Parteien lediglich einigen Prozent der erwachsenen Polen bekannt. Das Parteiensystem begann sich also erst im Laufe der zehn Monate bis zu den Wahlen im Oktober auszubilden. In den 1990er Jahren wurde die Logik des Parteiensystems durch die Einteilung in „postkommunistisch“ bzw. „Post-Solidarność“ bestimmt. Weder die Parteien der einen noch die der anderen Seite gingen miteinander Koalitionen ein.

Der Zusammenbruch der postkommunistischen SLD

Der gegenwärtige Zustand des Parteiensystems und der Konkurrenz zwischen den Parteien lässt sich nicht ohne Rückblende in den Januar 2003 verstehen. Damals kam die sog. „Rywin-Affäre“ ans Licht: Der unabhängige Filmproduzent Lech Rywin bot dem Konzern Agora (Herausgeber der Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“) im Namen einer Gruppe, die Regierungspositionen innehatte, profitable Lösungen bei Gesetzesvorhaben als Gegenleistung für Schmiergelder an. Die Veröffentlichung des Gesprächs mit Rywin, in dessen Verlauf der Korruptionsvorschlag gemacht worden war und das der Chefredakteur der Gazeta Wyborcza, Adam Michnik, aufgezeichnet hatte, rief einen Skandal hervor und als Folge die Berufung eines Untersuchungsausschusses des Sejm und zeitaufwändige Vernehmungen führender Politiker und Angehöriger der damaligen *SLD*-Regierung (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksbündnis*), an deren Spitze der Ministerpräsident Leszek Miller stand. Die Ergebnisse der „Rywin-Kommision“ und weiterer Untersuchungsausschüsse des Sejm der IV. Kadenz, die sich mit Orlen (Anm. d. Red.: die Kommission befasste sich mit dem Vorwurf des Regelverstoßes in der Aufsicht des Schatzministeriums über den staatseigenen Mineralölkonzern PKN Orlen S.A., verbunden mit dem Vorwurf, dabei den Geheimdienst

illegal eingesetzt zu haben) und PZU (Anm. d. Red.: die Kommission behandelte Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der Privatisierung der staatseigenen Versicherungsgesellschaft PZU S.A.) befassten, erwiesen sich für die regierenden Postkommunisten als katastrophal. Nach und nach traten weitere Affären zutage, an denen wichtige *SLD*-Politiker beteiligt waren; sie mündeten in Untersuchungen durch die Staatsanwaltschaft und Verurteilungen. Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse und der Staatsanwaltschaft wurden von den Medien und der öffentlichen Meinung aufmerksam verfolgt. Die Konsequenz war die nach 1989 beispiellose Kompromittierung der Regierungspartei *SLD* in den Augen der Öffentlichkeit, was für sie den Verlust der politischen Unterstützung bedeutete. Während im Januar 2003 30 % der potentiellen Wähler *SLD* unterstützt hatten, waren es im Mai 2003 21 %, im Mai 2004 nur noch 5 % und vier Monate vor den Wahlen im September 2005 7 %. Wenn man sich vor Augen führt, dass im September 2001 bei den Wahlen zum Sejm 41 % der Wähler für die Koalition von *SLD* und *UP* (*Unia Pracy – Arbeitsunion*) gestimmt hatten (12,7 % für *Platforma Obywatelska – PO / Bürgerplattform*, für *Samoobrona / Selbstverteidigung* 10,2 % und für *Prawo i Sprawiedliwość – PiS / Recht und Gerechtigkeit* 9,5 %), versteht man, dass dieses Ereignis und seine Folgen beispiellos waren. In keinem demokratischen Land konnte man bisher beobachten, dass die Partei, die bei Wahlen 41 % der Stimmen erhalten hatte, nach nicht ganz drei Jahren praktisch jegliche Unterstützung verloren hat.

Der Zusammenbruch der *SLD*, der bedeutendsten postkommunistischen Partei, verursachte einen Riss im polnischen Parteiensystem. Ab Ende 2003 war der politische Nutznießer dieses Zusammenbruchs vor allem die *PO*, die zum ersten Mal mehr als 20 % Wählerunterstützung notieren konnte, sowie die Bauernpartei *Selbstverteidigung*, die sich Anfang 2004 auf fast 30 % der Wähler stützen konnte. *PiS* war dagegen lange Zeit nicht in der Lage, den Zusammenbruch der *SLD* zur Stärkung der eigenen Position zu nutzen. Erst im Mai 2005 überschritt die Unterstützung für *PiS* 20 %.

Diese Dynamik in der Veränderung der Wählergunst verursachte, dass zum einen allgemein der Sieg der *PO* erwartet wurde. Zum anderen zeigt die relativ große Unentschlossenheit, diejenigen Parteien zu unterstützen, die von Herbst 2003 bis Herbst 2005 die Opposition zur *SLD-UP*-Regierung gebildet hatten, dass es den Wählern vom Herbst 2001, die damals für die Koalition aus *SLD* und *UP* gestimmt hatten, schwer fiel, politische Subjekte zu finden, in die sie dau-

erhaft ihre politischen Hoffnungen setzen zu können glaubten. Die Dynamik der Präsidentschaftswahlen 2005 zeigte ein ähnliches Phänomen. Die große Unterstützung für die Kandidaten (Zbigniew Religa, Włodzimierz Cimoszewicz, Donald Tusk), die für jeweils kurze Zeit eine Favoritenrolle einnahmen, wurde schnell schwächer oder brach vollständig ein. Die Wählerschaft war nicht sicher, welchem Kandidaten sie tatsächlich ihr Vertrauen schenken sollte.

PiS und PO: von Kooperation zu Konflikt

Die Wahlen zum Sejm im September 2005 gewannen beide Mitte-Rechts-Parteien, *PiS* und *PO*. Während der mehrmonatigen Wahlkampagne hatten beide versprochen, miteinander eine Regierungskoalition einzugehen. Die Polen waren überzeugt, dass ab Herbst *PO* und *PiS* die Führung übernehmen würden und nach den Wahlen im September fanden es über zwei Drittel wünschenswert, dass *PO* und *PiS* eine Koalition bildeten. Dazu kam es jedoch nicht, wofür sich wiederum beide Parteien seit Herbst 2005 mit wachsender Schärfe die Schuld geben. *PiS* bemühte sich schon sehr bald um die Unterstützung ihrer Minderheitsregierung durch die *Selbstverteidigung* und die *Liga Polskich Rodzin – LPR / Liga der Polnischen Familien*, nachdem zuvor allerdings eine solche Regierungskoalition von *PiS* selbst ausgeschlossen worden war. Als sich jedoch einige Male abzeichnete, dass die Umsetzung der Formulierung „Unterstützung (durch *Selbstverteidigung* und *LPR*, Anm. d. Red.), aber ohne Regierungsbeteiligung“ zum Scheitern verurteilt war, wurde im Mai 2006 die Regierungskoalition zwischen diesen drei Parteien geschlossen. Vertreter beider Koalitionspartner traten der Regierung als Vizeministerpräsidenten und Minister bei. Es entstand so eine konservativ-national-populistische Koalition. Gleichzeitig dauert seit Herbst 2005 der zerstörerische Kampf zwischen den beiden größten rechten Gruppierungen, *PiS* und *PO*, an. Dieser Kampf hob nicht nur einen tiefen Graben zwischen den beiden Parteien auf, die von 2003 bis 2005 so eng miteinander in der Opposition zusammengearbeitet und gemeinsame politische Pläne entworfen hatten, sondern verursachte auch eine tiefe Spaltung im rechts-konservativen Milieu sowie in den Medien. Nach über einem Jahr desaströser Konfrontation hat allerdings noch immer keine der beiden Seiten eine deutliche Spartenstellung gewonnen. Die Unterstützung der Wählerschaft für *PiS* wurde durch die Koalition mit der *Selbstverteidigung* und der *LPR* nicht wesentlich geschwächt, obgleich diese politisch kostspielig ist. Die *PO* wiederum war nicht imstande, die Schwäche der Regierungskoalition auszunutzen, ihre Fehler, ihr Straucheln, ihre Skandale, in die Poli-

tiker von *Selbstverteidigung* und *LPR* verwickelt sind.

Die Wahlen zu den regionalen und lokalen Selbstverwaltungsorganen in den Woiwodschaften, Kreisen und Gemeinden sowie der Bürgermeister und Stadtpräsidenten, die im November 2006 stattfanden, wurden von allen Parteien als erster Test nach den Wahlen zum Sejm behandelt, umso mehr als diese schon seit einigen Wahlperioden in das Jahr nach den Sejmwahlen fallen. Sie brachten keine wesentlichen Veränderungen in der Parteienlandschaft. Zwar gewann *PO* mit 27,2 % der Stimmen die Wahlen zu den 16 Landtagen der Woiwodschaften, aber *PiS* erhielt mit 25,1 % fast ebensoviel Unterstützung.

Allein die Wahlen zu den Landtagen der Woiwodschaften lassen sich mit den Parlamentswahlen vergleichen, denn bei den Kreis- und Gemeindewahlen starten viele lokale Wahlbündnisse. Im September 2005 hatten 27 % der Wähler für *PiS* und 24,1 % für *PO* gestimmt. Zwar hat sich nun die Rangfolge geändert, aber das grundsätzliche Kräfteverhältnis zwischen *PO* und *PiS* blieb unangetastet. Die Wahlen im November 2006 bestätigten auch Tendenzen, die bereits vorher zu beobachten waren: *PO* erhielt in den großen Städten, unter den besser Ausgebildeten und Jüngeren stärkeren Zuspruch, *PiS* in der Provinz sowie unter Älteren und schlechter ausgebildeten Menschen.

Veränderungen außerhalb des Mitte-Rechts-Spektrums

Allerdings wurden in den Selbstverwaltungswahlen im November 2006 im Vergleich zu den vorangegangenen Parlamentswahlen auch bestimmte neue Phänomene in der polnischen Parteienlandschaft deutlich. Im Verlauf des einen Jahres wurden beide Koalitionspartner von *PiS* deutlich geschwächt. Die *Selbstverteidigung* erhielt in den Wahlen zu den Landtagen der Woiwodschaften 5,6 % und *LPR* 4,7 %, was bedeutete, dass sich beide Parteien um die 5 %-Hürde gruppierten und ihr Einzug in den Sejm bei eventuellen Neuwahlen problematisch wäre. *PiS* gelang es, einen bedeutenden Teil der *LPR*-Wähler anzuziehen, was übrigens ein offen verfolgtes Ziel von *PiS* war. Im Fall der *Selbstverteidigung* ist die Situation komplizierter. Diese Partei, die das politische Establishment und wichtige politische Institutionen radikal bekämpft, enttäuschte mit ihrem Einzug in die Regierung einen Teil ihrer Kernwählerschaft. Außerdem verlor sie einen Teil ihrer Wähler auf dem Land, deren Situation sich nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union verbessert hatte. Die Landwirte in Polen sind die erste große Gruppe in der Gesellschaft, die infolge der Direktzahlungen die Vorteile der pol-

nischen EU-Mitgliedschaft erfahren hat. Darüber hinaus verlor die *Selbstverteidigung* auch wieder einen Teil der ehemaligen Wählerschaft der traditionellen Bauernpartei *Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL / Polnische Bauernpartei*, die in den Wahlen im November 2006 zu eben dieser Partei zurückkehrten. Die *PSL* übrigens erwies sich als die Partei, die in den Selbstverwaltungswahlen am stärksten profitierte. In den Wahlen zu den Landtagen der Woiwodschaften erhielt sie 13,2 % der Stimmen im Vergleich zu den 7 %, die ihr ein Jahr früher bei den Parlamentswahlen gegeben worden waren. Die zweite Gruppierung, die ein besseres Ergebnis erzielte, sind die Linksparteien, die ein gemeinsames Wahlbündnis *Lewica i Demokraci – LiD / Linke und Demokraten* gebildet hatten, bestehend aus *SLD*, *UP*, *Socjaldemokracja Polski – SdPl / Polnische Sozialdemokratie*, und *Partia Demokratyczna – PD / Demokratische Partei*, und 14,3 % der Wählerunterstützung erhielten (ein Jahr zuvor hatte die *SLD* 11,3 % der Stimmen erhalten).

Worin besteht die gesellschaftliche Bedeutung der Veränderungen, die im Laufe des Jahres nach den Parlamentswahlen im Herbst 2005 eintraten? Sowohl *PO* als auch *PiS*, die in den Parlamentswahlen 2005 und den Selbstverwaltungswahlen 2006 den Wahlsieg davongetragen haben, wurden von der rechten und Mitte-Rechts-Wählerschaft unterstützt. *PiS* rückte wahrscheinlich etwas weiter nach rechts und absorbierte so einen Teil der Wählerschaft der *LPR*, verlor aber gleichzeitig möglicherweise einen Teil der in der politischen Mitte angesiedelten Wähler. Während *PiS* das Bild der konservativen Volkspartei stärker ausprägte, strich *PO* sein Mitte-Rechts-Image deutlicher heraus. Seit 1989 gibt es in Polen eine ausgeprägte rechte Wählerschaft; das Problem besteht aber darin, dass es der Rechten bisher nicht gelang, die potentielle Unterstützung effektiv zu institutionalisieren. Die rechten Parteien waren vielmehr schwach und zerstritten. Der große Sieg der Post-Solidarność-Rechten (*Akcja Wyborcza Solidarność / Wahlaktion Solidarność*) im Jahre 1997, der möglich war, weil vor der Wahl bereits ein Bündnis eingegangen worden war, ist nicht dazu genutzt worden, eine starke politische Partei aufzubauen. Es sieht nun so aus, als hätten *PO* und *PiS* nach den Wahlen 2005 die Chance bekommen, die Rechten institutionalell zu konsolidieren. Die postkommunistische Linke wiederum, die in den 1990er Jahren die Unterstützung für sich in Form der Parteien *SdRP (Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polski / Sozialdemokratie der Republik Polen)* und später *SLD* wirksam institutionalisiert hatte, war nach den Skandalen in den Jahren 2003 – 2005 nicht in der Lage, die Unterstützung der enttäuschten Wähler wie-

der aufzubauen. Dennoch half die linke Wählerschaft den Linksparteien, wieder politische Bedeutung zu erlangen. Aufgrund ihrer Stimmen gelang es z.B. der *PO*-Kandidatin für das Amt des Stadtpräsidenten von Warschau, der ehemaligen Nationalbankpräsidentin Hanna Gronkiewicz-Waltz, den Kandidaten der *PiS*, den ehemaligen Ministerpräsidenten Kazimierz Marcinkiewicz, zu schlagen.

Konflikt- und Koalitionsszenarien

Was die Konkurrenz zwischen den Parteien betrifft, so hat in Polen die Einteilung in links und rechts vor allem im Bereich des Ideellen und der Werte Bedeutung. Die Linke und die Rechte trennt die Beziehung zu Religion und Kirche, zum Konservatismus in kulturellen Fragen und denen des Lebensstils, zur Ära der Volksrepublik Polen und zur Lustration. Der wirtschaftliche Bereich hat praktisch keine Auswirkungen auf die Wahlentscheidungen – trotz der Bedeutung, die ihm in den Parteiprogrammen und Wahlkampagnen zugesprochen wird.

Wie könnten nun die politischen Konsequenzen der Wahlen für die Parteien und die Regierungskoalition aussehen? Die Wahlen zu den regionalen und kommunalen Vertretungen haben die Situation der beiden stärksten Parteien nicht wesentlich verändert, folglich besteht auch weiterhin der zerstörerische Konflikt zwischen diesen Parteien, die beide auf der rechten Seite der politischen Bühne angesiedelt sind und normalerweise zusammenarbeiten. Es zeigen sich sogar Faktoren, die auf eine Intensivierung dieses Konflikts hinweisen könnten. Vorgezogene Sejmwahlen liegen nicht im Interesse der *PiS*, die wahrscheinlich zwar nicht mit einem schlechteren Ergebnis als 2005 rechnen müsste, die aber womöglich nicht in der Lage wäre, die derzeitige Koalition fortzuführen, wenn *Selbstverteidigung* und *LPR* erheblich schlechtere Ergebnisse erzielen – was nicht ausgeschlossen ist –, oder gar die 5 %-Hürde nicht übersteigen und somit nicht in den Sejm einziehen würden. Außerdem verlor *PiS* im Laufe des letzten Jahres einen Teil der Koalitionsfähigkeit. Eine Koalition mit der *PO* scheint für die absehbare Zukunft unrealistisch. Eine mögliche Koalition mit der *PSL* hätte bei der derzeitigen Sitzverteilung im Sejm nicht die notwendige Regierungsmehrheit. Die *PO* dagegen entwickelte im letzten Jahr neue Koalitionsoptionen. War die *PO* im September 2005 noch zu einer Koalition mit *PiS* „verurteilt“, weil es keine Alternative gab, so könnte die Partei heute sowohl mit der *PSL* koalieren (diese Möglichkeit wird offen in der *PO* erwogen) als auch mit *LiD*, dem Zusammenschluss linker Gruppierungen. Letzteres streiten zwar die führenden Köpfe der *PO* ab, aber von

einer bedeutenden Gruppe innerhalb der Partei wird dies als reale Option angesehen – insbesondere wenn *PO* und *LiD* bei vorgezogenen Wahlen die Mehrheit im Sejm erhalten würden, was aus der heutigen Sicht durchaus wahrscheinlich scheint. Deshalb erweist sich als optimale Strategie für *PiS*, um jeden Preis die gegenwärtige Koalition aufrechtzuerhalten und vorgezogenen Wahlen zu vermeiden, wenn es nur eben geht. Die günstigste Strategie für *PO* wiederum ist, um jeden Preis auf Neuwahlen hinzuwirken. Beide Strategien zusammen werden wohl zur Eskalation des Konflikts und zu einem zerstörerischen politischen Kampf zwischen den Gegnern führen.

Die Regional- und Kommunalwahlen von November 2006, die die Schwäche von *Selbstverteidigung* und *LPR* zeigten, und das realistische Szenario, dass diese beiden Parteien als tragende politische Subjekte ausscheiden könnten, bedeuten so gesehen ebenfalls Konfliktstoff für *PiS* und die Regierung von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński. Die verbreitete Interpretation, dass die Schwächung beider Koalitionspartner deren Führungsfiguren zu effektiver Zusammenarbeit mit *PiS* zwingt, so dass es Jarosław Kaczyński leichter fallen wird, sich die beiden geschwächten Partner unterzuordnen, scheint nicht überzeugend. Wahrscheinlicher ist meiner Meinung nach, dass beide Parteien zum Gegenangriff übergehen, um die verlorene Wählergunst wiederzuerlangen. Dies können sie nur auf Kosten von *PiS* erreichen, so dass das Resultat ständige Auseinandersetzungen in der Koalition sein werden sowie politische Initiativen, die der Regierung Kaczyński und *PiS* schaden (z.B. die Forderung der *LPR*, ein Referendum über die Anwesenheit der polnischen Armee im Irak und in Afghanistan durchzuführen). Was darüber hinaus die Situation erschwert, sind die z.Zt. stattfindenden Untersuchungen der Staatsanwaltschaft in der sog. „Sex-Affäre“: Frauen soll Arbeit in den Büros führender Politiker der *Selbstverteidigung* gegen Sex angeboten worden sein. Es lässt sich nicht ausschließen, dass in diesem Zusammenhang gegen Andrzej Lepper, den Vorsitzenden der *Selbstverteidigung*, Anklage erhoben wird. Wenn es dazu kommt, wird ihm Ministerpräsident Jarosław Kaczyński öffentlichen Ankündigungen zufolge die Regierungsämter entziehen. Sollte dies aber eintreten, würden Lepper und die *Selbstverteidigung* womöglich die Koalition verlassen und dadurch eine Regierungskrise verursachen. So oder so – die Regierung von Jarosław Kaczyński ist zu Konflikten verurteilt. Zugleich muss daran erinnert werden, dass es in der *PiS* einflussreiche Politiker gibt, die nie Anhänger der von Jarosław Kaczyński forcierteren Koalition waren.

Aber auch die *PO* und ihr Vorsitzender Donald Tusk befinden sich in keiner angenehmen Lage. Über ein Jahr nach den Parlamentswahlen ist es der *PO* noch immer nicht gelungen, ein wirksames Oppositionsmodell gegenüber der *PiS* auszuarbeiten. Dagegen werden in der Partei Spannungen zwischen den Politikern, die die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der vereinigten Linken *LiD* ausschließen, und denjenigen, die gerade in einer solchen Kooperation die einzige wirksame politische Strategie erkennen, sichtbar. Trotz des relativen Erfolgs in den Regional- und Kommunalwahlen (Wahlsiege in den Regionalparlamenten der Woiwodschaften und in Warschau) hat die *PO* keine klare politische Vorgehensweise. Donald Tusk scheint sich eher zu bemühen, eindeutige Deklarationen zu vermeiden; gleichzeitig ist er bestrebt, seine Position und seinen Einfluss in der Partei zu stärken. Dies führte einerseits zur Marginalisierung von Jan Rokita, des neben Tusk führenden *PO*-Politikers, und andererseits rief es Widerstand in der Partei hervor, was z.B. daran ablesbar ist, dass unlängst der von Tusk favorisierte Kandidat für die Position des Fraktionsvorsitzenden im Sejm die Wahl verloren hat.

Perspektiven

Da in beiden Parteien Politiker zu finden sind, die aus verschiedenen Gründen mit den konkreten Optionen und Strategien der Parteiführer und der sie umgebenden Politiker nicht zufrieden sind, könnte unter bestimmten Rahmenbedingungen eine neue, konservativ-liberale Partei entstehen. In dieser könnten sich sowohl *PiS*-Politiker, die die Koalition mit Andrzej Lepper (*Selbstverteidigung*) und Roman Giertych (*LPR*) nicht akzeptieren, wiederfinden als auch solche, die von der Führungsgruppe um Jarosław Kaczyński marginalisiert wurden – wie Kazimierz

Marcinkiewicz (Ministerpräsident von Oktober 2005 bis Juli 2006, kommissarischer Stadtpräsident von Warschau von Juli bis Dezember 2006, nach verlorener Wahl zum Stadtpräsidenten ohne politisches Amt; Anm. d. Red.) – sowie auch *PO*-Politiker, die einer Annäherung an die Linke ablehnend gegenüber stehen und von Donald Tusks Führungsstil und Handlungsstrategien enttäuscht sind. Derzeit ist dies die einzige sich abzeichnende Möglichkeit einer Veränderung in der polnischen Parteienlandschaft.

Allerdings ist aus der Perspektive des Parteiensystems die Frage nach den Chancen und dem Tempo des Wiederaufbaus der Linken wichtiger. Der Erfolg der *LiD* in den Regional- und Kommunalwahlen kann nicht über die Schwächen der Linken hinwegtäuschen, über die organisatorische Verzettelung, das fehlende Programm (das – wäre es vorhanden – erlauben würde, ernsthaft über eine Rückkehr in die Regierung nachzudenken), die Schwäche der Führungskräfte. Weder dem Führer der *SLD*, Wojciech Olejniczak, noch dem *SdPL*-Vorsitzenden Marek Borowski ist es gelungen, ihrer Partei nach den Wahlen im September 2005 neue Energie einzuflößen. Unbekannt ist derzeit noch, ob und eventuell welche Rolle der ehemalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski für die Linken spielen wird, da er bisher zu diesem Thema geschwiegen und sich politisch zurückgehalten hat.

Allerdings lässt sich bereits sagen, welche beiden Phänomene die politische Bühne in Polen im Jahr 2007 bestimmen werden: das Andauern des selbstzerstörerischen Konflikts zwischen *PO* und *PiS* und die ständig aktuelle Perspektive vorgezogener Wahlen, falls – aus welchen Gründen auch immer – die Koalition von *PiS* mit der *Selbstverteidigung* und der *LPR* auseinander brechen sollte.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor:

Der Soziologe Dr. Tadeusz Szawiel arbeitet am Institut für Soziologie der Universität Warschau. Er ist Vorsitzender des Instytut Badań nad Podstawami Demokracji, Warschau. (Institut zur Erforschung der Grundlagen der Demokratie). Seine Spezialgebiete sind u.a. die Soziologie der Politik, die Konsolidierung der Demokratie und die Zivilgesellschaft.

Tadeusz Szawiel stellte vor kurzem im Deutsch-Polnischen Magazin DIALOG (Nr. 74–75, 2006) gemeinsam mit einem Forschungsteam des Instituts für Soziologie Ergebnisse einer bilateralen Vergleichsstudie über junge Polen und junge Deutsche vor.